

Bildung

Früher zur Schule

Die Schulen in Deutschland können in der Regel frei entscheiden, wann sie morgens mit dem Unterricht beginnen. Das geht aus einer Antwort der Wissenschaftsabteilung des Bundestags auf eine Frage von Exbundesfamilienministerin Kristina Schröder hervor. Die CDU-Abgeordnete engagiert sich für einen späteren Schulstart, da dies besser in den biologischen Rhythmus von Jugendlichen passe. Heranwachsende können sich ab der Pubertät durch Hormonumstellungen frühmorgens schlechter konzentrieren, Experten raten daher zu einem Schulbeginn um neun Uhr. Laut den Bundestagsrechercheuren gibt es nur in Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen Vorschriften, nach denen der Unterricht zwischen 7.30 und 8.30 Uhr beginnen muss, in Sachsen-Anhalt bis 8.15 Uhr. In einzelnen Ländern wie Bayern gälten nur für einige Schulformen wie Grundschulen bestimmte Uhrzeiten, ansonsten könnten die Einrichtungen selbst entscheiden. akm



Finanzen

Elterngeld zu teuer

Die Bundesregierung erwägt eine Kürzung des Elterngeldes. Das geht aus einem internen Papier des Bundesfinanzministeriums hervor. Dort heißt es, das Elterngeld sei zwar eine wirksame familienpolitische Leistung, „allerdings sind die Ausgaben recht dynamisch“. Allein für das kommende Jahr prognostiziert das Haus von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) einen Anstieg des

Etatplans um 245 Millionen auf knapp 5,8 Milliarden Euro, für dieses Jahr seien überplanmäßige Ausgaben nicht auszuschließen. Um einem weiteren Anstieg entgegenzuwirken, könne man überlegen, „das Elterngeld in seiner ursprünglichen Ausrichtung als Lohnersatzleistung zu schärfen“ und „die sozialpolitisch intendierten Elemente“ zu überprüfen, schreiben Schäubles Beamte. Das würde bedeuten, dass zukünftig verstärkt Arbeitnehmer vom Elterngeld profitieren. Das Mindestelterngeld von 300 Euro, das beispielsweise Studenten und Erwerbslose sowie Frauen bekommen, die vor der Elternzeit nicht gearbeitet haben, könnte dafür überprüft werden, ebenso wie der Geschwisterbonus (10 Prozent mehr) und der Mehrlingszuschlag (300 Euro zusätzlich). Gründe für die wachsenden Ausgaben seien die steigenden Geburtenzahlen und die Tatsache, dass immer mehr Väter die Leistung beantragten. Sie bekommen durchschnittlich 1234 Euro Elterngeld, Mütter aufgrund ihres geringeren Einkommens nur 759 Euro. akm

Asyl

Falsche Prognose

Die Bundesregierung war viel früher über einen Anstieg der Asylbewerberzahlen in Deutschland informiert als bislang bekannt. Im Frühjahr ging das Bundesinnenministerium offiziell gerade einmal von 300 000 Asylanträgen für 2015 aus. Vergangenen Monat korrigierte Ressortchef Thomas de Maizière (CDU) seine Prognose auf bis zu 800 000 Flüchtlinge. Er erklärte die Neueinschätzung mit der hohen Differenz zwischen Ausländern, die über das Erfassungssystem „Easy“ in Deutschland registriert wurden, und jenen, die bereits einen Asylantrag gestellt hatten. So konnten im Juli, vor allem aufgrund des Bearbeitungsstaus in den Behörden, weniger als die Hälfte der gemeldeten Flüchtlinge tatsächlich einen Erstantrag einreichen. Die Diskrepanz bestand jedoch bereits seit vergangener Herbst, wie nun aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linkspartei hervorgeht. Im September 2014 etwa stellten 16 214 Flüchtlinge einen Asylersuchen ein, das sind rund 58 Prozent der im gleichen Zeitraum registrierten Neuankömmlinge. Im Februar dieses Jahres waren es ebenfalls knapp 60 Prozent. Mehrere Bundesländer, darunter Hessen und Nordrhein-Westfalen, hatten die Bundesregierung bereits im März zu einer Anhebung der Prognose aufgefordert und mehr Geld von der Bundesregierung verlangt. Innenminister de Maizière lehnte dies ab. „Die Bundesregierung hat viel zu spät auf die Kluft zwischen registrierten Asylsuchenden und Antragszahlen reagiert“, kritisiert Ulla Jelpke von der Linken-Bundestagsfraktion. „Viele unzumutbare Notunterbringungen von Flüchtlingen hätten verhindert werden können, wenn Länder und Kommunen früher über realistische Zahlen informiert worden wären.“ pop

Kittihawk

